

## **Zentrale Ausländerbehörde(ZAB) nach Coesfeld?**

Die Landesregierung hat die Absicht, in den Regierungsbezirken ZABn zu etablieren, deren Hauptaufgabe die Unterstützung und Beschleunigung der ‚freiwilligen‘ Ausreise oder Abschiebung ausreisepflichtiger abgelehnter Asylbewerber sein soll.

Dies ist geplant im Kontext mit Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE). Für die Asylbewerber wird das in Zukunft bedeuten, dass sie nach ihrer Ankunft in einer Erstaufnahmeeinrichtung medizinisch untersucht werden und ihren Asylantrag stellen können. Nach einem kurzen Aufenthalt folgt die Zuweisung in eine ZUE, von der aus die Menschen, die als Flüchtling anerkannt wurden, den Kommunen zugewiesen werden. Die nicht anerkannten Asylbewerber oder diejenigen, die aus sogenannten ‚sicheren‘ Herkunftsländern kommen, verbleiben bis zu ihrer Ausreise aus Deutschland in der ZUE. In diesen Fällen kommt die ZAB in's Spiel, die diese Aufenthaltsdauer möglichst verkürzen soll.

Soweit die Theorie.

Aus der Erfahrung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit ist zu sagen, dass die Bearbeitung der Asylanträge immer noch mehrere Monate dauert. Diese Monate sind wertvolle Zeit, die die Asylbewerber nutzen können, um sich mit der deutschen Sprache vertraut zu machen und Einblicke in unsere gesellschaftlichen und kulturellen Systeme zu bekommen. Das bedeutet, sie können mit ihrer Integration beginnen. Dieses ist nachweislich im Kontakt mit uns ‚normalen‘ Bürgern, wie es vielfach in den Kommunen in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit passiert, am besten zu verwirklichen.

Im Moment leben noch viele Asylbewerber, deren Begehren auf Asyl in Deutschland abgelehnt wurde, in den Unterkünften der Städte und Gemeinden. Vielfach haben sie am Verwaltungsgericht Widerspruch gegen den Bescheid des BAMF eingelegt. Da die Gerichte vollständig überlastet sind mit der Revidierung von politisch motivierten Entscheidungen des BAMF (z.B. werden in der Regel Menschen aus Syrien, denen nur ein subsidiärer Schutzstatus und somit keine Möglichkeit des Familiennachzugs zuerkannt wurde, nach eigenem Widerspruch durch den Entscheid des Verwaltungsgerichts als Flüchtling anerkannt – und können einen Antrag auf Familiennachzug stellen) warten Menschen, die oft traumatisiert sind durch Erlebnisse im Heimatland oder auf der manchmal mehrjährigen Flucht, über ein Jahr auf eine Bearbeitung ihres Widerspruchs. Diese Situation ist selbst für diejenigen, die zwischenzeitlich gute Deutschkenntnisse erworben haben und vielleicht sogar schon

auf dem Weg zu einer Arbeit (sei es durch Praktika, Einstiegsqualifizierung oder sog. Ein-Euro-Jobs) sind, eine drückende psychische Belastung. Ohne die Möglichkeit, erste Erfahrungen mit dem Leben in Deutschland durch Kontakte zu Ehrenamtlichen und vielleicht sogar Arbeitskollegen zu haben, wie es bei einer Unterbringung in einer ZUE wäre, schaffen es sicherlich nicht viele, diesem Druck standzuhalten. Bei entsprechender Beratung durch die ZAB wird es dann einfacher scheinen, sich für eine ‚freiwillige‘ Ausreise zu entscheiden, als dafür zu kämpfen, in einem Land, das so ablehnend den Menschen gegenüber ist, bleiben zu dürfen.

Die ZAB ist neben den ZUEn ein Instrument, um Asylbewerbern die Chance, ein sicheres Leben in Deutschland beginnen zu können, zu nehmen. Das Anliegen dahinter ist, den Migrantanteil in unserem Land bzw. hier im Kreis Coesfeld möglichst gering zu halten. So entziehen wir uns unserer humanitären und globalen Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen.

Die Anforderung der Zeit ist nach wie vor eine gelebte Willkommenskultur und das Ermöglichen von Integration. Diese wird immer noch gerne auf das Ehrenamt abgeschoben. Hier ist der wirkliche Unterstützungs- und Investitionsbedarf durch das Land.

Verfahren müssen durch Personalaufstockungen bei den entsprechenden Behörden und Gerichten verkürzt werden.

Allen Asylbewerbern muss ohne Blick auf das Herkunftsland ab Antragsstellung die Möglichkeit gegeben werden, die Sprache zu erlernen und mit der Integration in die deutsche Gesellschaft zu beginnen.

Eine obligatorische psychosoziale Unterstützung der Flüchtlinge durch Fachpersonal ist notwendig, um nicht heute die Basis für die Probleme von morgen zu schaffen.

Es ist widersinnig, eine Behörde zur Unterstützung des ‚Rückkehrmanagements‘ für eine vergleichsweise niedrige Zahl von Menschen zu schaffen, während auf der anderen Seite eine große Zahl integrationswilliger Flüchtlinge durch nicht angepasste Verwaltungsstrukturen nicht genügend unterstützt werden.

Darum sind wir gegen die Ansiedlung einer ZAB in Coesfeld und anderswo in der Region!

Autorin: Maria Schlieker, Billerbeck